

Ostring-Vertrag erneuern

Gegner kritisieren, dass CDU und FDP **kurz vor der Kommunalwahl** Fakten schafften

LENA THIELE

BUCHHOLZ :: Der geplante Buchholzer Ostring entwickelt sich zur Endlosschleife. Kurz vor der Sommerpause geht der Streit in der Kommunalpolitik in eine neue Runde. Die Ratsmehrheit aus CDU und FDP will am Bau der Umgehungsstraße festhalten, der Vertrag mit dem Landkreis soll lediglich in einigen Punkten geändert werden.

Hintergrund ist ein Urteil des Verwaltungsgerichts Lüneburg, das das Planfeststellungsverfahren für ungültig erklärt hatte – vor allem wegen der vorgesehenen Nutzung der Straße Heidekamp als Anschlussstraße. Die entsprechenden Passagen sind in der neuen Vereinbarung, über die der Rat heute entscheidet, gestrichen. Das geht den politischen Gegner des Ostrings nicht weit genug. Sie kritisieren vor allem den Zeitpunkt der Entscheidung.

Kritiker fordern eine stärkere Beteiligung der Bürger

„Der Versuch, unmittelbar vor der Wahl noch vollendete Tatsachen zu schaffen, ist ignorant, undemokratisch und entlarvend“, sagt Peter Eckhoff, Sprecher der Wählergemeinschaft Buchholzer Liste. „In seiner letzten Sitzung will der Rat die souveräne Entscheidung des künftigen, im September zu wählenden neuen Rats beschränken.“ Dies sei zudem „handwerklich dilettantisch“, da der Vertragsentwurf noch rechtlich geprüft und von den Kreisgremien bestätigt werden muss.

Die SPD-Fraktion, mit acht Vertretern die größte Oppositionsgruppe im

Rat, lehnt den Ostring und auch die jetzt vorgesehene Vertragsänderung ab. „Bei solch wichtigen Fragen sollten die Bürger einbezogen werden“, sagt der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Niesler.

Eine Vertragsabsicherung so kurz vor dem Wahltermin sei „ein Affront gegenüber den Wählern“. Er fühlt sich an die Anfänge der Planungen erinnert. „2001 hatten wir genau das gleiche Spiel schon einmal. Auch damals wurde kurz vor der Wahl noch schnell ein Vertrag mit dem Landkreis geschlossen.“ Der neu gewählte Rat legte die Pläne zwar auf Eis, sie wurden jedoch 2006 – als sich die Mehrheitsverhältnisse erneut geändert hatten – neu aufgenommen.

Obwohl jetzt wieder eine Kommunalwahl ansteht, enthalte die neue Vertragsfassung keine Kündigungsklausel, kritisiert Niesler. Dies sei rechtswidrig. „Wenn wir nach der Wahl die Mehrheit

im Rat stellen, werden wir den Vertrag deshalb auf jeden Fall kündigen.“ Ortgis Brandt, Vorsitzender CDU Fraktion, wehrt sich gegen die Vorwürfe, die Änderung werde voreilig beschlossen. „Wir passen den Vertrag jetzt lediglich den rechtlichen Anforderungen an.“, sagt er. „Das hat mit der Wahl nichts zu tun.“ Seine Fraktion, die mit 16 Vertretern die Mehrheit im Rat stellt, sehe eine Chance, dass das Planfeststellungsverfahren in nächster Instanz bestätigt werde. Dafür reiche es aus, die vom Gericht kritisierte Straße aus den Planungen herauszunehmen, sagt Brandt. „Verkehrstechnische Untersuchungen belegen, dass der Heidekamp für den Ostring nicht nötig ist.“

Rat entscheidet heute über Entwurf ohne Zubringer

In der Urteilsbegründung des Verwaltungsgerichts Lüneburg vom Februar dieses Jahres heißt es dagegen: „Ohne die Regelung zum Bau der Verbindungsstraße in Verlängerung der Straße Heidekamp zum Anschluss an den Ostring liegt keine ausgewogene, die rechtlichen Bindungen einer planerischen Entscheidung einhaltende Regelung vor.“ Verkehrsprognosen zeigten vielmehr, dass im Jahr 2020 etwa ein Viertel des Ostringverkehrs über diesen geplanten Zubringer fließen würde.

Der Rat kommt heute um 19 Uhr in der Rathauskantine zusammen. Auf der Tagesordnung stehen der Jahresabschluss der städtischen Wirtschaftsbetriebe, die Förderung von Medienkompetenz und ein Zuschuss für das Mehrgenerationenhaus Kaleidoskop.



Dieser Versuch ist ignorant, undemokratisch und entlarvend.

**Peter Eckhoff,
Buchholzer Liste**